

Deutsch-Israelische Regierungskonsultationen

*Zehnter Jahrestag der Konsultationen –
Aus einer bereichernden Gegenwart in eine innovative Zukunft*

Gemeinsame Erklärung der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und des Ministerpräsidenten des Staates Israel

Jerusalem, 4. Oktober 2018

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und des Staates Israel hielten heute ihre siebten Regierungskonsultationen in Jerusalem ab. Mit diesem Treffen rundet sich ein Jahrzehnt von Regierungskonsultationen, die im März 2008 mit einer ersten Begegnung begannen.

Die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel, und der Ministerpräsident des Staates Israel, Benjamin Netanjahu, nahmen gemeinsam mit ihren jeweiligen Kabinettsmitgliedern mit Zufriedenheit und Wertschätzung zur Kenntnis, dass sich in den vergangenen zehn Jahren eine starke und lebendige Partnerschaft entwickelt hat.

Die Häufigkeit der Begegnungen, der bilateralen Gespräche sowie der zwischen beiden Regierungen erzielten Vereinbarungen und Absprachen sind Zeugnis der außerordentlich intensiven Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Israel auf den Gebieten Forschung und Innovation, Wirtschaft und Handel, Kultur, Umwelt, Jugendaustausch und Ausweitung der persönlichen Kontakte insgesamt, Diplomatie, strategische und regionale Zusammenarbeit und Kooperation im politisch-militärischem, verteidigungspolitischen, nachrichtendienstlichen und Cyberbereich sowie bei der Bekämpfung des Terrorismus.

In diesem Jahr widmeten die beiden Regierungen angesichts künftiger Herausforderungen dem Thema Innovation besondere Aufmerksamkeit und ermutigten alle relevanten Sektoren in beiden Gesellschaften, ihre Zusammenarbeit auf den Gebieten Forschung und Entwicklung, Wissenschaft und Technologie und im Start-up-Ökosystem zum Wohle nicht allein ihrer beiden Länder zu vertiefen.

Nach einem Jahrzehnt der Regierungskonsultationen zeigten sich beide Seiten entschlossen, die einzigartigen Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, die nicht zuletzt auf ihrer gemeinsamen Geschichte und gleichen Werten beruht, weiter zu intensivieren und den Weg von einer bereichernden Gegenwart in eine innovative Zukunft weiterzugehen. Sie bekräftigten ihr gemeinsames Ziel, dieses starke Fundament zu bewahren und zu festigen, und beschlossen gemeinsam, in einen Dialog- und Entscheidungsprozess darüber einzutreten, welche strategischen Bereiche die Zusammenarbeit des nächsten Jahrzehnts prägen sollen und die Ergebnisse auf den achten Regierungskonsultationen in Berlin vorzulegen.

Der Ministerpräsident bekräftigte, dass Deutschland einer der engsten und wichtigsten Verbündeten Israels ist und auch in Zukunft bleiben wird. Die Bundeskanzlerin erneuerte das Bekenntnis der Bundesregierung zur Sicherheit Israels als jüdischem, demokratischen Staat sowie ihre besondere historische Verantwortung hierfür und bekräftigte, dass das Existenzrecht Israels niemals infrage gestellt werden dürfe. Diese historische Verantwortung ist Teil der deutschen Staatsräson. Deutschland weist jegliche Versuche, den Staat Israel zu boykottieren, zurück.

Die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident waren sich einig, dass es eine zentrale Säule der Beziehung zwischen beiden Ländern und Völkern bleibt, die Erinnerung an die Shoah für künftige Generationen wachzuhalten. Sie kamen daher überein, kontinuierlich Anstrengungen zu unternehmen, um den Herausforderungen von Generationenwechsel und demographischem Wandel in beiden Ländern zu begegnen und so diese Erinnerung zu bewahren.

In diesem Zusammenhang bleibt die nachhaltige Ausweitung des Jugendaustauschs zwischen Deutschland und Israel von grundlegender Bedeutung, wenn es darum geht, sicherzustellen, dass die jungen und künftigen Generationen in beiden Ländern den sich entwickelnden Geist der Freundschaft beider Völker in die Zukunft tragen. Beide Seiten begrüßten die laufenden Gespräche zum Ausbau des beiderseitigen Jugendaustauschs mit dem Ziel, ein deutsch-israelisches Jugendwerk zu schaffen.

Die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident erneuerten ihr nachhaltiges Bekenntnis zur Bekämpfung jeglicher Form von Antisemitismus und Rassismus. Beide Seiten betonten, dass

die gemeinsamen Werte Demokratie, Schutz von Minderheiten und Menschenrechten sowie Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eine wesentliche Grundlage der Partnerschaft und Freundschaft zwischen beiden Ländern sind, die geschützt werden muss.

In diesem Zusammenhang begrüßten die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident, dass im Rahmen der Regierungskonsultationen die ersten bilateralen Konsultationen zur Bekämpfung des Antisemitismus stattfanden, und betonten, wie wichtig es ist, dass sich Regierungen die Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA als zentrales und wichtiges Instrument zu eigen machen, um Antisemitismus als solchen zu erkennen, zu bekämpfen und angemessen zu reagieren.

Beide Seiten verliehen ihrer Entschlossenheit Ausdruck, auf ein friedliches Miteinander Israels und all seiner Nachbarn hinzuwirken. Sie bekräftigten, dass alle zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite noch offenen Fragen im Rahmen substanzieller Direktverhandlungen geklärt werden sollten.

Die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident betonten, dass sie beide entschlossen sind, die einzigartige Partnerschaft beider Länder weiter zu stärken, und bekundeten ihre tiefe Wertschätzung für den Einsatz der zahlreichen Menschen in beiden Ländern für die Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten und ihren Gesellschaften.

Beide Seiten verständigten sich darauf, die nächsten Konsultationen 2019 in Deutschland abzuhalten.

Folgende Regierungsmitglieder nahmen an den Konsultationen teil:

Auf deutscher Seite: Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**; Vizekanzler und Bundesminister der Finanzen **Olaf Scholz**; Bundesminister des Auswärtigen **Heiko Maas**; Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat **Horst Seehofer**; Bundesminister für Wirtschaft und Energie **Peter Altmaier**; Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz **Dr. Katarina Barley**; Bundesminister für Arbeit und Soziales **Hubertus Heil**; Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft **Julia Klöckner**; Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend **Dr. Franziska Giffey**; Bundesminister für Verkehr und digitale

Infrastruktur **Andreas Scheuer**; Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums für Bildung und Forschung **Thomas Rachel**; Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung **Dr. Gerd Müller**; Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien **Prof. Monika Grütters**; Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung **Dr. Peter Tauber**; Parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit **Rita Schwarzelühr-Sutter**;

Auf israelischer Seite: Ministerpräsident **Benjamin Netanjahu**; Finanzminister **Moshe Kahlon**; Minister für öffentliche Sicherheit **Gilad Erdan**; Minister für Bau und Wohnungswesen **Yoav Gallant**; Innenminister **Aryeh Deri**; Minister für Energie und Wasser **Yuval Steinitz**; Wirtschaftsminister **Eli Cohen**; Justizministerin **Ayelet Shaked**; Sozialministerin **Gila Gamliel**; Minister für Arbeit und soziale Fragen **Haim Katz**; Bildungsminister **Naftali Bennett**; Minister für Verkehr **Yisrael Katz**; Stellvertretende Außenministerin **Tzipi Hotovely**; Stellvertretender Gesundheitsminister **Yakov Litzman**; Stellvertretender Minister für Umweltschutz **Yaron Mazuz**; Abteilungsleiter im Ministerium für Wissenschaft und Technologie **Peretz Vazan**; Abteilungsleiter im Ministerium für Kultur und Sport, **Yossi Sharabi**; Leiter des politisch-militärischen Büros im Verteidigungsministerium, **Zohar Palti**;

Die Regierungskonsultationen hatten die folgenden Schwerpunkte:

1. Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung und Innere Sicherheit

Beide Regierungen beschlossen, die Zusammenarbeit im politischen und sicherheitspolitischen Bereich weiter zu verstärken, wozu auch die Ausweitung der häufigen Beratungen auf allen Ebenen zu strategischen, regionalen und verteidigungspolitischen Fragen sowie die bi- und trilaterale Zusammenarbeit gehören. Beide Seiten unterstrichen die Bedeutung eines regelmäßigen Austauschs über wichtige multilaterale Entwicklungen, auch im Hinblick darauf, dass Deutschland während seiner Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2019-2020 den Positionen und Interessen Israels Rechnung tragen wird. Deutschland wird in seiner Eigenschaft als nichtständiges Mitglied des VN-Sicherheitsrats als Freund Israels handeln und dessen legitime Interessen unterstützen. Deutschland wird weiterhin alles in seiner Macht Stehende tun, um die Praxis der unfairen Behandlung Israels zu verhindern.

Beide Außenministerien beabsichtigen, mehr Möglichkeiten für Programme des regelmäßigen Austauschs und der Fortbildung vor allem für Nachwuchsdiplomaten zu schaffen.

Beide Regierungen bekräftigten ihre Bereitschaft, ihre Zusammenarbeit in regionalen und internationalen Organisationen, darunter die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen sowie die Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) zu verstärken.

Die Regierungen haben gemeinschaftlich daran gearbeitet, die deutsch-israelische Afrika-Initiative umzusetzen, und haben in diesem Zusammenhang in sechs afrikanischen Staaten gemeinsam Entwicklungszusammenarbeit betrieben. Die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident äußerten sich zufrieden über die Ergebnisse und Erfolge dieser gemeinsamen Projekte. Beide Seiten hoben die enge Verbindung zwischen MASHAV und BMZ hervor. Auf dem jährlichen Entwicklungsdialo g am 17. September 2017 wurde beschlossen, die Verlängerung der Initiative wohlwollend in Erwägung zu ziehen. Einzelheiten werden im Lauf des Jahres 2019 in weiteren Verhandlungen festgelegt. Beide Seiten betonten, wie wichtig eine Einbindung des Privatsektors in die Entwicklungszusammenarbeit ist, und dass neue, innovative Technologien für gemeinsame Projekte vonnöten sind.

Beide Verteidigungsministerien sind bestrebt, die engen und vertrauensvollen Verbindungen, die in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen beiden Ländern bestehen, aufrechtzuerhalten und kontinuierlich zu vertiefen. Diese Verbindungen dienen beiden Seiten; sie beruhen auf einer soliden Partnerschaft und einem einheitlichen Verständnis der gemeinsamen Herausforderungen. Angesichts gemeinsamer Bedrohungen und Anliegen werden die Verteidigungssektoren ihren Dialog und ihre vielgestaltige Zusammenarbeit fortsetzen, um die Sicherheit auf eine Weise zu fördern, die den langfristigen Interessen Deutschlands und Israels dient. Die beiden Seiten streben an, die bilaterale Zusammenarbeit unter anderem im Bereich der Cyber-Abwehr zu intensivieren und zu vertiefen.

Die beiden Regierungschefs erneuerten ihr Bekenntnis zum Ausbau der Beziehungen zwischen der EU und Israel in Bereichen von gemeinsamem Interesse, darunter eine Zusammenarbeit bei wirtschaftlichen, politischen, strategischen und regionalen Themen sowie Fragen der Innovation und der persönlichen Kontakte, auch im Rahmen partnerschaftlicher Prioritäten und im Einklang mit der überprüften Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Die Regierungen werden in den Bereichen innere Sicherheit, Notfallvorsorge und Katastrophenschutz weiterhin eng zusammenarbeiten. Sie arbeiten auf eine erweiterte Zusammenarbeit bei der Verhütung und Bekämpfung von Extremismus und Radikalisierung, schweren Verbrechen, Terrorismus und Staatsterrorismus, Spionage (einschließlich Cyber-Spionage) sowie der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen hin, indem sie die bilaterale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendienste im strategischen, operativen, technologischen und forensischem Bereich weiter stärken, um noch wirksamer gegen Verbrechen, Terrorismus und Bedrohungen durch Staaten vorgehen zu können.

2. Wirtschaft, Handel und Energie

Die Regierungen haben zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, vor allem bei Forschung und Innovation, sowie zu gegenseitigen Investitionen des Privatsektors angeregt, was auch Aktivitäten deutscher Unternehmen in den Bereichen Infrastruktur, Verkehr und Energie einschließt. Die Regierungen haben „Innovationstage“ ins Leben gerufen, an denen

Unternehmern und der Öffentlichkeit Innovationen und Investitionsmöglichkeiten in beiden Ländern vorgestellt wurden.

Die Regierungen werden bestrebt sein, zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem israelischen Finanzministerium einen finanzpolitischen Dialogmechanismus in deren Zuständigkeitsbereichen einzurichten, wodurch die Zusammenarbeit weiter gefördert und gestärkt werden soll.

Die Regierungen nahmen die positiven Handelszahlen für 2017 zur Kenntnis. Das gesamte bilaterale Handelsvolumen im Bereich Waren und Unternehmensdienstleistungen belief sich auf 7,83 Milliarden US\$, ein Anstieg um 14 % im Vergleich zum Vorjahr.

Der Wachstumstrend bei Unternehmensdienstleistungen stimmte 2017 besonders optimistisch. Dennoch sind beide Seiten der Überzeugung, dass noch viel zu tun bleibt, wenn das Potenzial des bilateralen Austauschs in diesem Bereich sowie im Bereich des Warenhandels voll ausgeschöpft werden soll.

Beide Regierungen sind bereit, Mittel in neue Initiativen zu investieren, deren Ziel es sein wird, Unternehmer miteinander in Verbindung zu bringen und ihnen die potenziellen Möglichkeiten des jeweils anderen Marktes zu präsentieren.

Angesichts der aktuellen Handelsbilanz zwischen beiden Ländern werden beide Seiten Mittel dafür freigeben, Unternehmern durch Ausrichtung bilateraler Wirtschaftsveranstaltungen zusätzliche Plattformen zu bieten.

Da bereits ein hohes Maß an wirtschaftlicher Verflechtung besteht, werden die beiden Regierungen bilaterale Arbeitspläne erstellen, die sich auf folgende Technologie- und Geschäftsbereiche konzentrieren: Cleantech (Wasser und Energie); digitales Gesundheitswesen; Mobilität und Automobiltechnik; Industrie 4.0.

Die Regierungen erwägen einen dauerhaften Energiedialog, der sich dem gemeinsamen Interesse widmet, Technologien und Verfahren zur Bereitstellung zuverlässiger, nachhaltiger und erschwinglicher Energie voranzutreiben, und dessen Ziel es ist, zur Verbesserung und

zum Ausbau erneuerbarer Energien und zum Einsatz energieeffizienter Technologien beizutragen.

Israel und Deutschland betonen, wie wichtig es ist, Cyber-Fähigkeiten in kritischer Infrastruktur im Energiesektor voranzubringen. Die Regierungen sind entschlossen, neue Bereiche der Zusammenarbeit auszuloten, und betonen, dass in diesem Bereich weiterhin Wissen und Erfahrungen ausgetauscht werden müssen.

Die Regierungen werden dafür die Ausrichtung eines „Innovationsgipfels“ in der zweiten Jahreshälfte 2019 in Deutschland prüfen, um Kooperationsmodelle und besondere Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten in den genannten Bereichen weiter zu erleichtern.

Die Regierungen haben im Land-, Luft- und Seeverkehr zusammengearbeitet und unbeschadet der Zuständigkeit der EU auf diesen Gebieten zwei- und mehrseitige Formate geschaffen, um die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu stärken.

3. Umwelt und Nachhaltigkeit

Die Regierungen erkannten an, dass dringender Handlungsbedarf besteht, wenn es um die Eindämmung der globalen Bedrohung durch den Klimawandel geht. Die Regierungen haben das Übereinkommen von Paris im Rahmen des UNFCCC ratifiziert, in dem das Ziel festgelegt wird, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius verglichen mit dem Beginn des Industriezeitalters zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Die Regierungen haben sich dazu verpflichtet, ihren Teil dazu beizutragen, die Ziele des Übereinkommens von Paris zu verwirklichen. Dazu gehören innerstaatliche Maßnahmen zur Umsetzung der national festgelegten Beiträge und zur Operationalisierung des Pariser Regelwerks unter Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich technologischer Entwicklungen. Die Regierungen bemühen sich, bis zur zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts Volkswirtschaften mit geringem CO₂-Ausstoß zu werden, was Anstrengungen zum Umbau der Energiewirtschaft bis 2050 einschließt.

Die Regierungen bekräftigten die Bedeutung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung – Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt – zusammenführt, den weltweiten Übergang zu nachhaltigem Wirtschaften

beschleunigt, die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen fördert und einen Meilenstein auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft für alle Menschen in unserer Welt darstellt. Die Regierungen sind entschlossen, gemeinschaftlich auf die ehrgeizige, umfassende und zügige Umsetzung der Agenda und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung hinzuarbeiten. Die Regierungen unterstrichen ferner ihre Bereitschaft, gemeinsam die Ressourceneffizienz zu verbessern und Innovationen im Umweltsektor zu fördern.

Die Regierungen haben in Rahmen zweier Twinning-Projekte im Umweltbereich eng zusammengearbeitet, die beide Seiten als sehr erfolgreich einschätzen. Weitere von der EU finanzierte Projekte wären zu begrüßen, damit weiter Umweltarbeit geleistet und der Fachkräfteaustausch verstärkt werden kann.

Die Regierungen haben im Bereich Elektromobilität, der ein zentrales Element künftiger Verkehrssysteme bildet, zusammengearbeitet. Darüber hinaus wurde vereinbart, auf dem Gebiet des autonomen Fahrens zu kooperieren.

Die Regierungen haben in den Bereichen Agrarforschung, ländlicher Tourismus und Veterinärmedizin zusammengearbeitet und Wissen ausgetauscht.

4. Interaktion der Gesellschaften

Die Regierungen haben daran gearbeitet, die Beziehungen der jungen Generation beider Länder zu stärken und dafür zu sorgen, dass sie einander besser kennenlernen und verstehen. So nehmen junge Deutsche an Freiwilligendiensten in Israel teil, und junge deutsche Führungskräfte besuchten das Land als zusätzliche Maßnahme, die Verbindungen zwischen den jungen Generationen in beiden Ländern zu stärken und zur gegenseitigen Verständigung beizutragen. Das Programm zur Vergabe von Visa für einen Ferienarbeitsaufenthalt bietet jungen Menschen einen weiteren Rahmen, einander besser kennenzulernen und das gegenseitige Verständnis zu vertiefen.

Die Regierungen haben daran gearbeitet, Austauschmaßnahmen für studentische Praktikanten einzurichten, eine Reihe von fachlichen und kulturellen Begegnungen zu ermöglichen und zu gemeinsamen Forschungsarbeiten anzuregen. Die Regierungen kooperieren im Rahmen des Deutsch-Israelischen Programms zur Zusammenarbeit in der Berufsbildung und unterstützen

den Austausch von Auszubildenden und Fachkräften durch verschiedene Maßnahmen. Dieser gemeinsame Dialog im Bereich der beruflichen Bildung stellt einen langjährigen, produktiven Austausch dar, den die Regierungen ausbauen und intensivieren möchten. Für 2019 planen die Regierungen, das 50-jährige Bestehen dieses Programms mit gemeinsam abgestimmten, öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen in Deutschland und Israel zu begehen.

Die Regierungen tauschten Wissen in den Bereichen Arbeitsrecht und aktive Arbeitsmarktpolitik aus, insbesondere hinsichtlich der Notwendigkeit, sich auf einen veränderten Arbeitsmarkt einzustellen, der Integration benachteiligter Gruppen in den Arbeitsmarkt sowie der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes.

Die Regierungen haben zusammengearbeitet und Wissen ausgetauscht, um den Verwaltungsaufwand zu optimieren beziehungsweise zu verringern, der sich aus der Regulierung in Bezug auf Fortschritte in Gesellschaft und Wirtschaft ergibt.

Die Regierungen haben auf dem Gebiet des Jugendaustauschs als einem wichtigen und wirksamen Element des gegenseitigen Kennenlernens zusammengearbeitet und sich auf das Ziel verständigt, ein deutsch-israelisches Jugendwerk zu schaffen.

Die Regierungen haben im Bereich der fachlich-technischen Ausbildung zusammengearbeitet und Wissen ausgetauscht.

Die Regierungen beabsichtigen, die Zusammenarbeit im sozialen Bereich zu verstärken.

Die Regierungen verliehen ihrer Absicht Ausdruck, auf den Gebieten des sozialen Wohnungsbaus und neuer Gebäudetechnologien zusammenzuarbeiten und Wissen und Erfahrungen auszutauschen.

Die Regierungen haben die gute bilaterale Zusammenarbeit im Rechtsbereich weiter verstärkt und vertieft.

Vor dem Hintergrund gemeinsamer demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze tauschten die Regierungen Wissen und Ansichten zu rechtlichen Fragen aus, darunter der

Schutz personenbezogener Daten, Hetze und Anstiftung zu Gewalt im Internet und Bekämpfung des Menschenhandels.

Im Geiste der 2015 unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechts (im Rahmen des 1989 unterzeichneten gleichnamigen Abkommens) finden weiterhin Austauschmaßnahmen für Juristen statt, die der Verbesserung der Kenntnisse und dem Austausch von Informationen dienen und die Zusammenarbeit in verschiedenen rechtlichen Angelegenheiten erleichtern. Als weiteres Zeugnis der soliden Arbeitsbeziehungen zwischen den beiden Regierungen wird der israelische Generalstaatsanwalt Deutschland demnächst einen offiziellen Besuch abstatten.

Die Regierungen beabsichtigen, die bestehende Zusammenarbeit im Rechtsbereich weiter zu stärken und auszubauen.

5. Wissenschaft und Innovation

Die Regierungen haben auf internationaler Ebene mit dem Ziel zusammengearbeitet, das offene Internet zu schützen und dabei das Recht auf Privatsphäre zu wahren und die Nutzung des Internets für kriminelle und terroristische Zwecke, einschließlich Hetze, zu verhindern.

Die Regierungen stellten ihre jeweiligen Strategien und Initiativen zur Förderung einer gesunden Lebensweise und zur Bekämpfung ernährungsbedingter Krankheiten, vor allem bei Kindern, durch verschiedene politische Maßnahmen wie Ernährungsberatung, gesundes Essen in Schulen und KiTas, öffentliche Vorgaben, Forschungsmaßnahmen und Kennzeichnungsmöglichkeiten vor. Sie beschlossen, Optionen für künftige bilaterale Forschungsprojekte in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Lebensmitteltechnik und Pflanzenzucht auszuloten.

Auf der Grundlage der geteilten Auffassung, dass die Verringerung von Nahrungsmittelverlusten ein globales Anliegen ist, stellten die Regierungen die Maßnahmen vor, die sie auf nationaler Ebene zur Eindämmung von Verlust und Verschwendung ergreifen. Dabei tauschten sie einschlägige Erfahrungswerte aus, um ihre innerstaatlichen Strategien wirksamer zu machen.

Sie verwiesen auf das 2012 geschlossene Abkommen zur Zusammenarbeit im Bereich der landwirtschaftlichen Forschung zur Kenntnis und sagten zu, gemeinsame Folgeprojekte im Rahmen des Abkommens auszuloten und dabei besonderen Stellenwert auf die Verbindung von Digitalisierung und Landwirtschaft zu legen.

Die Regierungen haben ihre Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft und Innovation auf bilateraler Ebene sowie durch das Rahmenprogramm Horizont 2020 der Europäischen Union und EUREKA intensiviert und vertieft. Der Erfolg der im vergangenen Jahrzehnt angestoßenen gemeinsamen Projekte hat zur fortgesetzten Zusammenarbeit in den Bereichen Nanotechnologie, Wassertechnik, zivile Sicherheit und IT-Sicherheit geführt, die darauf gerichtet ist, den Technologietransfer zu fördern und das Zusammenspiel von Wissenschaft und Industrie anzuregen. Die Regierungen stärken die langjährige Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technologie und Innovation, die für tausende von Begegnungen zwischen Forschern beider Länder und herausragende Zusammenarbeit auf höchstem Niveau steht. Die wichtigsten Forschungsfelder der gemeinsamen Programme lagen in den Bereichen Krebsforschung, Wassertechnologie, Präzisionsmedizin, Meereswissenschaften sowie Batterieforschung und elektrochemische Forschung. Die beiden Regierungen sind der Auffassung, dass bilaterale Initiativen in Wissenschaft und Technik auf Forschungsarbeiten in den Bereichen künstliche Intelligenz und Quantentechnologie ausgeweitet werden sollten.

Zusätzlich zu den Programmen der Ministerien unterstützen die Regierungen auch weiterhin die Deutsch-Israelische Stiftung für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung (GIF) als eine der wichtigsten Säulen der bilateralen Förderlandschaft.

Die beiden Regierungen betonen, wie wichtig die Förderung junger Wissenschaftler beider Länder ist, um zu Zusammenarbeit, Austausch und gegenseitigem Verständnis zu ermutigen. Spezielle Maßnahmen für den Forschernachwuchs werden daher mehr Förderung erhalten, so zum Beispiel gemeinsame Institute für Krebs- und Batterieforschung, spezielle Auszeichnungen und Kurzzeitstipendien für junge Wissenschaftler und das Nachwuchsprogramm der GIF.

Die Regierungen beabsichtigen, die bestehende Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft und Innovation auf bilateraler und europäischer Ebene zu verstärken, insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Forschungsprogramme der EU.

Die Regierungen Israels und Deutschlands bekräftigen den Stellenwert, den sie Fragen der Digitalisierung beimessen, und werden gemeinsam Mechanismen ausloten, um deren wirtschaftliches und gesellschaftliches Potenzial auszuschöpfen.

In einer Zeit, in der digitaler Wandel und technologische Brüche die Wirtschaftslandschaft radikal verändern, heben beide Seiten das Potenzial hervor, das sie in einer Annäherung ihrer jeweiligen technologischen Ökosysteme sehen.

Zu diesem Zweck werden beide Seiten die Einrichtung und den Betrieb von Beschleunigungsprogrammen unterstützen, die darauf gerichtet sind, Unternehmern, Investoren und Firmen den Marktzugang zu erleichtern.

Die Regierungen haben im Bereich Gesundheit und Medizin zusammengearbeitet und Wissen ausgetauscht, und zwar hinsichtlich des Umgangs mit Herausforderungen der öffentlichen Gesundheitssysteme unter anderem bei der Langzeitpflege, der Verhütung von Krankenhausinfektionen und im digitalen Gesundheitswesen.

Die beiden Regierungen werden eine Arbeitsgruppe einsetzen, die gemeinsame Maßnahmen erörtern wird, um im Bereich des digitalen Gesundheitswesens Kooperationen zwischen Regierungen und Unternehmen anzustoßen.

6. Kultur und Bildung

Die Regierungen haben sich dafür eingesetzt, die kulturellen und bildungspolitischen Maßnahmen zur Vertiefung der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen beiden Gesellschaften zu stärken. So steht Deutsch an israelischen Sekundarschulen auf dem Lehrplan. Die Regierungen bekundeten ihre Unterstützung für die Arbeit, die die deutsche Zentralstelle für das Auslandsschulwesen, das Goethe-Institut und andere Organisationen zur Förderung der deutschen Sprache und der kulturellen Zusammenarbeit in Israel leisten. Die Regierungen hatten die Übersetzung von Büchern aus dem Deutschen ins Hebräische und aus dem Hebräischen ins Deutsche angeregt und werden den Deutsch-Hebräischen Übersetzerpreis für Literatur fortführen. Sie werden zur Zusammenarbeit bei der Erforschung

des literarischen Erbes sowie in den Bereichen Tanz, Musik und Film, auch durch Experten- und Wissensaustausch, anregen.

Beide Regierungen begrüßen die Fortschritte bei der Zusammenarbeit in der Provenienzforschung in Bezug auf von den Nationalsozialisten entzogene Kunstwerke und Judaica und betonen, wie wichtig eine weitere enge Zusammenarbeit bei der Provenienzforschung ist. Die Regierungen werden sich weiterhin absprechen und abstimmen, um die Rückgabe der von den Nationalsozialisten entzogenen Kunstwerke und Judaica zu unterstützen.

Beide Regierungen begrüßen die Zusammenarbeit der Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland und des Israel-Museums sowie ihre Bemühungen, die Ausstellung „Bestandsaufnahme Gurlitt. Ein Kunsthändler im Nationalsozialismus“ 2019 in Israel zu zeigen. Nachdem das Israel-Museum zeitnah ein Ersuchen um rechtsverbindliche Befreiung von der Beschlagnahme nach Artikel 3 des Gesetzes von 2007 über die Immunität von der Beschlagnahme eingereicht hat, würde die israelische Sozialministerin ein solches Ersuchen um eine Immunitätsgarantie der israelischen Justizministerin unterstützen. Die Gewährung der Immunität unterliegt somit einer von der israelischen Justizministerin in Übereinstimmung mit anerkanntem Recht ausgestellten Garantie für die Immunität von der Beschlagnahme. Beide Seiten betonen die Bedeutung von Leihgaben aus der Sammlung Gurlitt an das Israel-Museum, soweit deren rechtsverbindliche Immunität von der Beschlagnahme gewährt werden kann.

Die Regierungen haben auf dem Gebiet des Sports zusammengearbeitet, der in den Beziehungen zwischen Deutschland und Israel eine zentrale Rolle spielt. Höhepunkt dieser Zusammenarbeit waren die European Maccabi Games in Berlin.

Die Regierungen haben dabei zusammengearbeitet, in der „Weißen Stadt“ in Tel Aviv - Jaffa das Erbe der Bauhauskultur zu bewahren. Im Zuge dessen fanden Ausstellungen und Vorträge statt.

Die Regierungen unterstützten das Wirken von Stiftungen, deren Ziel es ist, die Bindungen zwischen beiden Völkern unter anderem in den Bereichen Kultur, Forschung oder Jugend zu stärken. In diesem Rahmen sind die Minerva Stiftung, der Stiftungsfonds Martin-Buber-

Gesellschaft der Forschungsstipendiaten in den Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften und die Stiftung Deutsch-Israelisches Zukunftsforum zu nennen.

Die Regierungen beabsichtigen, die bestehende Zusammenarbeit im Kulturbereich weiter zu verstärken.